

Plenarprotokoll 17/129 • Deutscher Bundestag • Stenografischer Bericht
129 Sitzung • Berlin, Mittwoch, den 29. September 2011

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17130.pdf>

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17130.pdf>

Neue Perspektiven für Jungen und Männer Ab Seite 197 / 15387

Berichterstattung:

	Seitenzahl Dieses Dokument	PDF-Seitenzahl des Bundestages	Gesamtseitenzahl im PDF-Dokument Des Bundestages
Dorothee Bär (CDU/CSU):	Ab Seite 1	Ab Seite 197	Ab Seite 15387
Michaela Noll (CDU/CSU):	Ab Seite 2	Ab Seite 198	Ab Seite 15388
Stefan Schwartze (SPD):	Ab Seite 4	Ab Seite 199	Ab Seite 15389
Marianne Schieder (Schwandorf) (SPD):	Ab Seite 5	Ab Seite 200	Ab Seite 15390
Miriam Gruß (FDP):	Ab Seite 6	Ab Seite 201	Ab Seite 15391
Yvonne Ploetz (Die Linke):	Ab Seite 7	Ab Seite 201	Ab Seite 15391
Till Seiler (Bündnis 90/Die Grünen):	Ab Seite 9	Ab Seite 203	Ab Seite 15393

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Michaela Noll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Miriam Gruß, Nicole Bracht-Bendt, Sibylle Laurischk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksachen 17/5494, 17/7088 –

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/070/1707088.pdf> vom 23.09.2011

<http://dip.bundestag.de/btd/17/054/1705494.pdf> vom 13.04.2011

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Eine moderne Gleichstellungspolitik muss gezielt die Unterschiede in den Lebensverläufen von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen berücksichtigen. Lange Zeit ist das Ziel der Gleichberechtigung vornehmlich durch frauenpolitische Maßnahmen verfolgt worden. Aktuelle Entwicklungen haben jedoch gezeigt, dass sich die Gleichstellungspolitik zusätzlich – dieses Wort ist wichtig; ich spreche ausdrücklich nicht von „ausschließlich“! – den Jungen und Männern zuwenden muss.

In den letzten Jahren sind die Geschlechterrollen in Bewegung geraten, und viele junge Männer sind auf der Suche nach Perspektiven jenseits traditioneller Lebensentwürfe und stereotyper Erwartungen. Eine moderne Gleichstellungspolitik muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen – und entsprechend erweitert werden. Ziel unserer Gleichstellungspolitik ist dabei aber nicht, bestimmte Lebensmodelle vorzuschreiben. Es geht vielmehr darum, neue Optionen zu eröffnen und tatsächliche Wahlfreiheiten zu gewährleisten.

Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang Anstrengungen im Bildungsbereich. Derzeit werden Jungen häufig als Bildungsverlierer wahrgenommen – und nehmen sich teilweise auch selber so wahr. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Nur halb so viele Jungen wie Mädchen sind beispielsweise zum Zeitpunkt der regulären Einschulung schulreif. Jungen wiederholen häufiger eine Klasse als Mädchen und brechen die Schule häufiger ab. Im Lesen erzielen Jungen deutlich geringere Kompetenzen als Mädchen. Das Risiko eines ungünstigen Bildungsverlaufs scheint insbesondere hoch zu sein bei Jungen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien.

Eine ausschließliche Fokussierung auf die eben vorgetragenen Tatsachen blendet jedoch aus, dass das Leistungsspektrum innerhalb der Gruppe der Jungen sehr breit ist: Sowohl unter den schlechtesten als auch unter den besten Schülern eines Jahrgangs finden sich überdurchschnittlich viele Jungen. Erfolgreiche Jungenpolitik muss daher potenzial- und lösungsorientiert sein.

Kindertageseinrichtungen und Schulen kommt als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine entscheidende Aufgabe zu. Hier könnten Jungen von der Anwesenheit männlicher Pädagogen profitieren. Entsprechend müssen diese Tätigkeitsfelder für junge Männer weiter erschlossen werden. Junge Männer erhalten dadurch auch zusätzliche berufliche Perspektiven.

Dorothee Bär (CDU/CSU)

Auch in der Schule muss den besonderen Bedürfnissen von Jungen verstärkt Rechnung getragen werden. Gleiches gilt für die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die Migrationsarbeit. Zusätzlich bedarf es in Gesellschaft und Wirtschaft einer Anerkennung und Wertschätzung neuer männlicher Lebensentwürfe, die sich jenseits traditioneller Vorstellungen und stereotyper Erwartungen bewegen.

Damit sind nach meinem Dafürhalten insbesondere die folgenden Maßnahmen zu ergreifen: Die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Jungen und Männern, insbesondere mit Blick auf pflegerische Berufe, muss weiter vorangetrieben werden. Wichtig sind daneben flexible Arbeitszeitmodelle und sogenannte Sabbaticals, um auch Vätern zu ermöglichen, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Zielführend sind in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen im Rahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“.

Eines möchte ich abschließend nochmals ausdrücklich betonen: Es ist nicht unsere Intention, die Jungenförderung zulasten der Förderung von Mädchen und Frauen zu betreiben – entgegen den Unterstellungen der Oppositionsparteien. Es geht uns vielmehr darum, beiden Geschlechtern Chancen zu geben und sie entsprechend ihrer jeweils spezifischen Bedürfnisse zu fördern.

Michaela Noll (CDU/CSU):

„Neue Perspektiven für Jungen und Männer“ – der Titel unseres Antrags hat viele, als sie ihn zum ersten Mal gehört haben, sicher überrascht. Denn während über Förderung von Mädchen und Frauen seit Jahrzehnten – zu Recht – diskutiert wird, wurde die Frage, was wir für Jungen und Männer tun müssen, lange nicht gestellt, in meinen Augen viel zu lange nicht. Dies wollen wir nun mit unserem Antrag ändern.

Viele fragen sich jetzt vielleicht: Warum wollen wir das ändern? Warum sollten wir Jungen und Männer fördern, wenn Frauen noch immer weniger verdienen, in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen in der Minderzahl sind und noch immer die Hauptverantwortung für Kindererziehung und Haushalt tragen? Darauf lässt sich ganz einfach antworten: weil Handlungsbedarf besteht. Dies haben meine Kleine Anfrage aus dem Jahr 2004 und die Kleine Anfrage der FDP aus dem Jahr 2008 hinlänglich bewiesen.

Zudem haben Studien belegt, dass die Mädchen die Jungen in vielen Bereichen abgehängt haben. Zuletzt hat die 16. Shell-Jugendstudie „Jugend 2010“ gezeigt, dass Mädchen ihre männlichen Altersgenossen bei der Schulbildung überholt haben. Auch machen sie die besseren Hochschulabschlüsse. Dieser Vorsprung gilt aber nicht nur für die Bildung, sondern auch für andere Bereiche. So sind Jungen zum Beispiel stärker von Verhaltensauffälligkeiten betroffen als Mädchen.

An dieser Stelle ist es mir sehr wichtig, nicht falsch verstanden zu werden. Deshalb möchte ich es hier noch einmal ganz ausdrücklich betonen: Ich freue mich darüber, dass die Gleichberechtigung so große Fortschritte gemacht hat. Ich freue mich über jede junge Frau, die nach einem hervorragenden Schulabschluss einen ebenso hervorragenden Hochschulabschluss macht, der ihr alle beruflichen Möglichkeiten eröffnet. Und ich würde mir wünschen, dass diese jungen, gut ausgebildeten und selbstbewussten Frauen die gleichen beruflichen Chancen hätten wie die meisten Männer, dass sie sich nicht mehr den Kopf an der Gläsernen Decke stoßen oder sich mit weniger Geld zufriedengeben müssten.

Dass bei den Mädchen und Frauen weiterhin Handlungsbedarf besteht, heißt ja nicht gleichzeitig, dass wir die Jungen und Männer vergessen dürfen. Unser Ziel ist es, beiden Geschlechtern gerecht zu werden. Denn beide haben Förderbedarf, nur eben zu unterschiedlichen Zeiten: Frauen später – beim beruflichen Aufstieg und Wiedereinstieg –, Männer bzw. Jungen eben früher, nämlich in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und beim Übergang in den Beruf. Ich denke, dies wird kaum jemand bestreiten wollen.

Mir ist es deshalb ein Rätsel, warum unser Antrag – und das Thema generell – vor allem bei der SPD auf Ablehnung stößt. Immer wieder wird mehr oder weniger deutlich unterstellt, dass wir uns mit unserer Jungenpolitik gegen die Mädchen wenden. Diesen Skeptikern halte ich entgegen, dass sie nicht wahrhaben wollen, dass sich die Lebenswelten von Jungen und Männern geändert haben und dass sich Jungen- und Mädchenpolitik ergänzen muss, um sinnvoll zu sein. Wir wollen kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Denn wie sollen junge Menschen Partnerschaften führen und Familien

Michaela Noll (CDU/CSU)

gründen, wenn sie nicht zueinanderfinden und sich nicht auf Augenhöhe begegnen können? Ich befürchte, dies könnte schwierig werden, wenn wir Gleichstellungspolitik weiterhin als Gegeneinander und nicht als Miteinander begreifen.

Meine Überzeugung, dass wir uns auch den Jungen und Männern zuwenden müssen, resultiert aber nicht nur aus der Lektüre von Studien. Ich bin in meinem Wahlkreis häufig von Eltern und Lehrern angesprochen worden, die mir von ihren Erfahrungen und Beobachtungen berichtet haben. Erst vor einigen Wochen habe ich mit zwei Lehrern gesprochen, die sich zu Jungen-Coaches haben ausbilden lassen, weil sie in ihrer tagtäglichen Arbeit gemerkt haben: Es besteht Bedarf an einer besonderen Arbeit mit Jungen, Bedarf, Jungen bei der Entwicklung eines positiven männlichen Selbstbildes zu begleiten und in ihrem Verantwortungsbewusstsein gegenüber sich und anderen zu stärken. Ihr Erfolg gibt den beiden Lehrern recht.

Sprechen Sie doch auch einmal mit Lehrern und Eltern von Söhnen! Ich bin überzeugt, dass auch Sie von diesen die Antwort bekommen werden: Jungen brauchen eine gesonderte Aufmerksamkeit und eine besondere Ansprache. Zudem habe ich Gespräche mit Verbänden und Vereinen geführt, die seit Jahren in der Jungenförderung aktiv sind und immer wieder auf einen akuten Handlungsbedarf hinweisen. Die Vereine sind übrigens ebenfalls der Meinung: Hier geht es nicht darum, den Mädchen und Frauen etwas streitig zu machen, sondern es geht darum, den Blickwinkel auf die Jungen und Männer zu erweitern.

Jetzt habe ich zusätzlich Rückendeckung aus Europa bekommen. Auch die EU hat das Thema „Männer und Gleichstellung“ aufgegriffen und eine entsprechende, von Workshops begleitete Studie, in Auftrag gegeben. Auch auf europäischer Ebene wurde erkannt, dass Chancengleichheit nur erreicht werden kann, wenn wir die Männer mit an Bord holen. Natürlich hängen viele der Befunde, die darauf hinweisen, dass die Mädchen die Jungen überholt haben, nicht nur mit dem „Jungensein“ zusammen. Selbstverständlich spielen die soziale Herkunft und das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein eines Migrationshintergrunds ebenfalls eine große Rolle. Aber das Risiko eines ungünstigen Bildungswegs scheint höher, wenn ein Junge einen Migrationshintergrund hat und aus einer bildungsfernen Familie stammt.

Ich bin deshalb sehr dankbar, dass sich Familienministerin Dr. Kristina Schröder der Förderung von Jungen verschrieben hat. Das Familienministerium entwickelt im Rahmen seiner Gleichstellungspolitik eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik und setzt spezielle Projekte für Jungen und Männer um. Exemplarisch sei hier die Einberufung eines Jungenbeirats genannt. Aber auch schon unter Familienministerin Dr. Ursula von der Leyen wurden in der letzten Legislaturperiode wichtige Projekte auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel das Projekt „Neue Wege für Jungs“.

Auch mit unserem Antrag verfolgen wir das Ziel, einseitige Geschlechterrollen in Beruf und Familie zu überwinden und den Jungen auf die Sprünge zu helfen. Hierfür haben wir 19 Forderungen formuliert, aus der ich aus aktuellem Anlass eine herausgreifen möchte: Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat vor einigen Tagen die erste repräsentative Studie zum Thema Onlinesucht vorgestellt. Diese belegt, dass die Sucht nach Onlinespielen verstärkt bei Jungen auftritt.

Das ist problematisch, da Untersuchungen gezeigt haben, dass erhöhter Computerspielekonsum zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen kann und zu einem gefährlichen Rückzug der Jungen aus der realen in eine virtuelle Welt. Zudem geht übermäßiger Medienkonsum oft mit schwächeren Lese- und Sprachkompetenzen einher und wirkt sich negativ auf die schulischen Leistungen aus.

In unserem Antrag fordern wir deshalb die Weiterentwicklung von medienpädagogischen Projekten für Jungen, um deren Medienkompetenz zu stärken. Und auch die pädagogischen Fachkräfte müssen besser geschult werden, um kompetent auf die Risiken, die von einem erhöhten Konsum von Onlinespielen ausgehen können, reagieren zu können.

Männer wollen den Gleichstellungsprozess mitgestalten und eingebunden werden, damit sich auch ihnen neue Perspektiven und Möglichkeiten eröffnen. Diese Chance sollten wir ihnen geben. Denn, wie es Kai Gehring von den Grünen bei der ersten Lesung dieses Antrags auf den Punkt gebracht hat:

Moderne Gleichstellungspolitik lässt sich nur mit Frauen und Männern gemeinsam gestalten. Denn Männer sind Partner für die Gleichstellungspolitik.

Stefan Schwartz (SPD):

Geschlechterpolitik ist in der Vergangenheit vor allem von Frauen initiiert und getragen worden, und Frauen haben schon eine Reihe von Verbesserungen für sich erstritten. Das ist auch gut so. Zunehmend melden sich heute auch Männer und Väter zu Wort und setzen sich für ihre Interessen ein. Auch das ist gut so. Frauen und Männer haben in der Geschlechterpolitik viele gemeinsame Ziele. Männliches geschlechterpolitisches Engagement muss keineswegs automatisch zu feindlicher Abgrenzung gegenüber Fraueninteressen oder dem Feminismus führen. Es ist nicht zielführend, eine Geschlechterpolitik zu etablieren, die auf den Geschlechterkampf ausgelegt ist, die Männer und Frauen gegeneinander ausspielt. Gleichstellungspolitik muss beide Geschlechter im Blick haben.

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik war schon immer darauf ausgerichtet, die Lebensbedingungen eines jeden Kindes und Jugendlichen unabhängig vom Geschlecht zu verbessern und auf Chancengleichheit hinzuwirken. Wir von der SPD-Bundestagsfraktion wollen Geschlechterstereotype überwinden und nicht manifestieren.

In dem schwarz-gelben Antrag wird von Jungen als Bildungsverlierern gesprochen; sie seien bei der regulären Einschulung häufiger nicht schulreif, sie würden häufiger die Klasse wiederholen und brächen die Schule häufiger ab als Mädchen. Dabei hält es die Bildungsforschung für falsch, männliche Schüler pauschal als Verlierer zu betrachten. Sehr differenziert setzt sich mit dieser Behauptung die Expertise „Schlaue Mädchen – dumme Jungen?“ auseinander, die unter Federführung des Deutschen Jugendinstituts entstand. Kriterien wie die soziale Schicht oder eine Zuwanderungsgeschichte haben danach eine größere Bedeutung als die Geschlechtszugehörigkeit.

Die Schlüssel, um die Bildungsbenachteiligung auszugleichen, sind längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen und frühe Förderung. Das hilft benachteiligten Jungen und Mädchen gleichermaßen. Das von Rot-Grün auf den Weg gebrachte Ganztagschulprogramm war daher immens wichtig. Auch der Ausbau der Kitas sowohl quantitativ als auch qualitativ ist dabei ein wichtiger Weg. Unsere Kitas haben als Bildungseinrichtungen eine besondere Bedeutung.

Es ist bekannt, dass der Kinderbetreuungsausbau nicht in dem Maße voranschreitet, wie er sollte. Vielen Kommunen fehlt schlichtweg das Geld. Doch widmet sich die Bundesregierung diesem Problem? Beruft sie einen Krippengipfel ein und überlegt, wie sie den Kommunen helfen kann? Nein, davon ist in diesem Antrag nichts zu finden. Im Gegenteil, die CDU/CSU-Fraktion hält immer noch an der unsäglichen Idee des Betreuungsgeldes fest.

Was ist das für eine Idee, Geld dafür zu bekommen, dass eine Leistung nicht in Anspruch genommen wird, eine Prämie dafür, dass Kinder von guten Angeboten früher Bildung ferngehalten werden? Für benachteiligte Jungen und Mädchen bedeutet die Einführung des Betreuungsgeldes schlichtweg das Aus für frühkindliche Bildung. Eine frühe Sprachförderung würde für sie nicht mehr stattfinden. Zudem stellt das Betreuungsgeld ein Hindernis für einen raschen Einstieg beziehungsweise Wiedereinstieg in das Erwerbsleben dar. Die Union verfestigt damit alte Rollenverteilungen im Familienalltag.

Es ist wesentlich sinnvoller, die für das Betreuungsgeld vorgesehenen 2 Milliarden Euro in den Aus- und Aufbau von Krippen- und Kindergartenplätzen zu investieren. Aber die Bundesregierung geht noch weiter. Sie streicht und kürzt im Kinder- und Jugendplan des Bundes für 2012 Maßnahmen zur Gleichstellung von Jungen und Mädchen, zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund und zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen sowie zur Inklusion junger Menschen mit Behinderungen. Diese Politik lässt Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts zurück. Und hier macht die SPD-Bundestagsfraktion nicht mit.

Einzelne Zielrichtungen des Antrags begrüßen wir. So begrüßen wir zum Beispiel Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die EU-Zielmarke „20 Prozent Männer als Erzieher“ zu erreichen. Auch die Handlungsempfehlungen des Gleichstellungsberichts fordern ein ausgewogenes Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen pädagogischen Fachkräften, einschließlich einer Erhöhung des Anteils männlicher Pädagogen in Kindertagesstätten und in der Grundschule, allerdings klar verbunden mit der Vermittlung von Kompetenzen einer geschlechtsbewussten Pädagogik. Das Projekt „MEHR Männer in Kitas“ lässt jedoch den Aspekt der Vermittlung von Kompetenzen einer geschlechtsbewussten Pädagogik außen vor, es greift daher eigentlich zu kurz.

Auch das Ziel, Männer in ihrer Aufgabe als Väter zu stärken, teilen wir. Nur wollen wir eine echte Förderung und nicht nur die Förderung von einzelnen kleinen Väterprojekten, wie im Antrag gefordert.

Stefan Schwartze (SPD)

Wir schlagen eine Stärkung der Partnermonate beim Elterngeld vor. Bereits in der Großen Koalition gab es ja die Idee, die Partnermonate von zwei auf vier auszuweiten.

Diese Forderung findet sich auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP wieder. Aber hat die Bundesregierung hier etwas getan? Hat sie Geld in die Hand genommen und wirklich etwas verändert? Nein, Fehlanzeige, gestrichen und ad acta gelegt wegen Geldmangels! Der Einsatz der Bundesministerin dafür ist gleich null. Deshalb lehnt die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag von CDU/CSU und FDP ab.

Marianne Schieder (Schwandorf) (SPD):

Wenn man den vorliegenden Antrag der Koalition liest, könnte man den Eindruck gewinnen, dass Deutschland seit Jahrzehnten vom Matriachat geprägt ist. Für die Bundesregierung mag das derzeit vielleicht stimmen, aber sicherlich nicht für die breite Gesellschaft.

Es ist ja schön, dass in der Koalition nun die geschlechtsspezifische Arbeit entdeckt wurde. Doch leider ist dort noch nicht angekommen, dass beide Geschlechter eine Rolle spielen. Der Antrag zeigt, dass die Bundesregierung in puncto Geschlechtergerechtigkeit eher Rück- statt Fortschritte macht.

Gender Mainstreaming ist seit der UN-Frauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 – an der ich teilnehmen konnte – ein internationales Instrument der Gleichstellung. Als solches wurde es in der EU und ihren Mitgliedsländern eingeführt. Laut offizieller Website des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend basiert diese Strategie – ich zitiere – „auf der Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und Männer und Frauen in sehr unterschiedlicher Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein können. Das Leitprinzip Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die politischen Akteure, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu analysieren und ihre Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen.“

Angesichts dieser Aussagen kann ich es nicht verstehen, wie dieser Antrag und das Ansinnen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP zustande kam, jetzt einseitig Jungen- und Männerarbeit zu fördern. Der Antrag hat sogar eher den Duktus, die Geschlechter zulasten der Frauen auseinanderzuzuidivieren.

Doch nun zu einigen Details aus dem Antrag. Wie ernst ist es der Koalition überhaupt mit ihrem Ansinnen? Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel neue Impulse zu setzen. Wie soll das ohne zusätzliche Mittel gehen? Oder hofft man darauf, dass an anderer Stelle, am besten noch bei den Mitteln zur Frauenförderung, gestrichen wird?

Mehrfach wird im Antrag gefordert, dass Männer vor allem in die Arbeitsfelder gebracht werden müssen, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind. Ich frage: Warum sind sie gerade in den Bereichen der Erziehung unterrepräsentiert? Vielleicht weil hier die Bezahlung besonders unattraktiv ist!? Daher sollten wir einmal darüber diskutieren, warum insbesondere bei Berufen mit einem hohen Frauenanteil nach wie vor die Bezahlung relativ bescheiden ist! Das hat relativ wenig mit Jungen- und Männerpolitik zu tun.

Es ist zwar nett zu lesen, dass erzieherische und pflegerische Berufe mit Blick auf Weiterqualifizierung und Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Berufen attraktiver ausgestaltet und Rahmenbedingungen verbessert werden müssen. Doch viel notwendiger brauchen wir mehr Qualität und bundesweite Standards in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Darüber hinaus müssen wir darüber reden, wie die Träger von Kitas, die Kommunen, überhaupt in die Lage versetzt werden, mehr Personal für die Kinderbetreuung anzustellen. Nur wenn es überhaupt Erzieherinnen und Erzieher vor Ort gibt, können sie auch geschlechtsspezifisch arbeiten.

Wer vorherrschende Rollenmuster durchbrechen will und mehr Geschlechtergerechtigkeit will, muss bereits bei der frühkindlichen und schulischen Bildung ansetzen. Doch hier liegt dank dieser Bundesregierung einiges im Argen.

Die soziale Herkunft spielt noch immer eine zu große Rolle für den Bildungserfolg, viel mehr, als es das Geschlecht spielt. Ich finde es daher unerhört, dass im Koalitionsantrag Jungen als Bildungsvorläufer benannt werden und man glaubt, durch Ermunterungen die Situation zu verbessern. Die neueste

Marianne Schieder (Schwandorf) (SPD)

PISA-Studie zeigt, dass ein sozial ungünstiges soziales Umfeld in keinem anderen Land zu so starken Leistungsverlusten bei den Schülerinnen und Schülern führt wie in Deutschland. Das ist bildungspolitisch unverantwortlich und zutiefst ungerecht. Daher brauchte es ein Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen, die Situation zu verbessern, statt die Geschlechter auseinanderzudividieren und vermeintlich geschlechtsspezifische Appelle an die Bundesländer zu richten.

Die Liste der sonderbaren Forderungen aus dem Antrag ließe sich leider noch eine ganze Weile fortführen. Doch ich denke, es ist bereits mehr als deutlich geworden, warum dieser Antrag keine Unterstützung verdient. Aus meiner Sicht ist dieser Antrag lediglich ein Gefallen der Koalition für ihre Frauenministerin, die entgegen ihrer eigentlichen Aufgabe mit der Forderung nach mehr Jungen- und Männerarbeit Schlagzeilen machen will. Diesem Ansinnen mit weitreichenden Folgen für unsere junge Generation dürfen wir nicht entgegenkommen. Vielmehr brauchen wir eine echte Verbesserung der geschlechtsspezifischen Arbeit und einen Ausbau der Bildung für junge Menschen. Aus diesem Grund lehnt die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag von CDU/CSU und FDP ab.

Miriam Gruß (FDP):

Die Welt dreht sich weiter. Waren es früher ausschließlich Mädchen und Frauen, die im Mittelpunkt der Gleichstellungspolitik standen, haben wir jetzt unseren Fokus erweitert: Eine moderne Gleichstellungspolitik berücksichtigt auch die spezifischen Bedürfnisse von Jungen und Männern. Die heutige Gesellschaft fordert von ihnen heute schließlich teilweise größere Anpassungsprozesse als von Frauen. Es ist längst überholt, dass wir ein Geschlecht bevorzugen und einseitige Förderung fordern. Nicht zuletzt deshalb reden wir heute über einen Antrag der FDP und der Union, der sich mit der Gleichstellung von Jungen und jungen Männern in unserer modernen Gesellschaft beschäftigt.

Diese Regierung ist die erste, die bei diesem Thema umfassend aktiv geworden ist. Im Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik zu entwickeln und bereits bestehende Projekte in dieser Richtung fortzuführen. „MEHR Männer in KITAS“, der „Boys Day“ und die Unterstützung diverser Väterprojekte sind gute Beispiele dafür, was wir unter einer Gleichstellungspolitik verstehen, die sich nicht von falschen Rollenklischees bremsen lässt, sondern ganz ideologiefrei den jeweils spezifischen Handlungsbedarf bei beiden Geschlechtern erkennt.

Es geht in dieser Diskussion letztlich um die Frage, wie wir werden, was wir sind. Warum gibt es beispielsweise nur wenige Ingenieurinnen oder Maschinenbauerinnen? Oder warum gibt es so wenige männliche Erzieher, Grundschullehrer oder Pfleger? Ich bin der Überzeugung, dass wir durch eine intensive Förderung und Bildung von klein auf, jenseits von Rollenklischees, die einzelnen Stärken und Schwächen der Menschen besser entdecken können. Im Übrigen ist es auch unter dem Aspekt des drohenden Fachkräftemangels notwendig, möglichst viele Menschen auf möglichst viele Berufsfelder vorzubereiten. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, wenn junge Männer auf der Strecke bleiben.

Bislang galten Jungen häufig als Verlierer in der Bildungspolitik. Laut der PISA-Studie 2009 sind Jungs beim Lesen deutlich schlechter als Mädchen und müssen außerdem öfter Klassen wiederholen. Zudem brechen sie häufiger die Schule ab. Besonders hoch ist das Risiko bei Jungen mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Familien.

Im Durchschnitt machen aber auch 21,6 Prozent weniger Männer das Abitur als Frauen. Wir möchten keinen negativen Diskurs über ein „Sorgenkind Junge“ führen, sondern Stereotype aufbrechen. Teil unseres Antrags ist deshalb zum Beispiel die Forderung, sich bei den Bundesländern für geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Lesekompetenz von Jungen einzusetzen.

Wir wollen junge Männer auch für sogenannte typisch weibliche Berufe interessieren, beispielsweise als Pfleger oder Erzieher. Gerade in der frühkindlichen Bildung ist es wichtig, dass Kinder beide Geschlechterrollen erleben können. Eine Studie des Statistischen Bundesamts zeigt, dass der Anteil von Männern als Erzieher und Tagesväter mit 3,5 Prozent Anteil zwar sehr gering ist. Allerdings sind im Jahr 2010 schon 15 400 Männer mit pädagogischer Betreuung befasst gewesen und damit fast 40 Prozent mehr als in 2007.

Auch in den Schulen muss dieser Bildungsansatz weitergehen, so durch die besondere Förderung der Bedürfnisse der Jungen. Nur so kann sich ein Aufbruch von Stereotypen auch in der Gesellschaft fortsetzen, beispielsweise in der Familie, der Partnerschaft oder dem Beruf.

Miriam Gruß (FDP)

Wir als FDP wollen keinen Geschlechterkampf, sondern einen Geschlechtertanz! Das ist auch Leitlinie dieses Antrags, der die Grundlage für einen weiteren Ausbau der Jungen- und Männerpolitik darstellen wird und für den ich deshalb um breite Zustimmung bitte.

Yvonne Ploetz (Die Linke):

Man muss eingestehen: Sie haben schon besorgniserregendere Anträge vorgelegt! Im Grundsatz befürwortet Die Linke eine Jungen- und Männerpolitik, denn jedes Kind und jede bzw. jeder Jugendliche – egal, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft, welcher Weltauffassung und unabhängig von seiner oder ihrer sexuellen Identität – muss bestmöglich in seiner Entwicklung gefördert und auf seinem Lebensweg unterstützt werden.

Will die Regierung neue Gruppen in eine Förderung einbeziehen, so ist das zunächst einmal zu begrüßen. Wer Ihren Antrag jedoch im Detail liest, wird einige Fragezeichen setzen müssen. Wer ihn im Einzelnen studiert, kommt unweigerlich nicht um einige kritische Fragen und Einwände herum. Warum? Jede Politik der Förderung muss emanzipatorisch sein. Sie sollte bestehende Machtverhältnisse kritisieren und hinterfragen. Bei genau diesem Punkt liegt bei Ihrem Antrag die Krux.

Denn dies tut Ihr Antrag nach meiner Einschätzung nicht. Ihr Antrag darf einerseits nicht dazu führen, dass eine Jungenförderung auf Kosten der bestehenden Frauen- und Mädchenförderung stattfindet. So selbstverständlich dies sein sollte, so wichtig scheint es mir angesichts einer Reihe öffentlicher Äußerungen der Ministerin in der Vergangenheit zu sein, nochmals nachdrücklich auf diesen Punkt zu verweisen. Sie darf auch nicht dazu führen, dass bestimmte Männlichkeits- und Rollenbilder auf Kosten anderer gefördert werden, dass eben genau jene Jungen nicht gefördert werden, die einer Unterstützung bedürften, zum Beispiel weil sie aufgrund ihrer sexuellen Neigung öffentlich diskriminiert werden. Ich habe hier gewisse Befürchtungen – nicht zu Unrecht, wie ich denke.

Aber zunächst einmal ist festzuhalten, dass Sie in Ihrem Antrag eine große Zahl von Forderungen aufstellen, die meine ausdrückliche Unterstützung verdienen. Sie wollen zum Beispiel mehr Männer für Erzieherberufe gewinnen. Dies wird helfen, alte Stereotype in der Arbeitswelt zu durchbrechen. Und das ist wirklich gut so.

Sie wollen Männer in ihren Aufgaben als Väter stärken. Zweifelsohne ist dies ein wichtiger Punkt, der angegangen werden sollte. Sie stellen zudem eine Forderung nach neuen und weiteren wissenschaftlichen Studien auf. Es kann nie schaden, zu wissen, was der Patient hat, bevor man ihn behandelt. Des Weiteren wollen Sie bei der Elternarbeit verstärkt die Väter einbinden. Es ist kaum notwendig, zu erwähnen, dass dies überfällig ist.

Und schließlich ist es insgesamt für unsere Gesellschaft gewinnbringend, wenn eine Politik für junge Menschen aus vielen unterschiedlichen Perspektiven zusammengeführt und gebündelt wird. In all diesen Punkten bin ich ganz auf Ihrer Seite.

Jedoch ist das nur die eine Seite der Medaille. Die andere, weniger schöne Seite zeigt sich, wenn man genauer hinsieht, zwischen den Zeilen liest und sie in den Kontext Ihrer Wertevorstellung und Weltansicht stellt. Das erschließt sich, wenn man die vielen Äußerungen der Bundesfrauenministerin Kristina Schröder heranzieht, die wir alle kennen und die dazu geeignet sind, den Antrag in den Zusammenhang Ihrer politischen Absichten zu stellen.

Frau Schröder, zunächst eine Anmerkung: Man wird das Gefühl nicht los, dass Sie verzweifelt nach einem konservativen und öffentlichkeitswirksamen Markenkern Ihrer Regierungszeit suchen. Sie glauben scheinbar, diesen in der Jungenpolitik gefunden zu haben. Ich hege den Verdacht, dass Sie, die Sie immerhin die Frauenministerin sind, mit einem neuen Thema von Ihrer Blockadehaltung in der Frauenpolitik ablenken wollen.

Immer stärker rücken Sie die Belange von Jungen und Männern in den Fokus, Sie schreiben sie im Koalitionsvertrag fest und wenden sich gleichzeitig von der Mädchenpolitik ab. Jungenpolitik muss aber die Mädchenpolitik sinnvoll ergänzen. Sie darf sie nicht – nicht einmal im Ansatz – verdrängen. Die strukturell verankerte Benachteiligung vieler Mädchen ist nicht zu leugnen, und ihre Beseitigung muss unsere zentrale Aufgabe bleiben. Es sollte also darum gehen, eine zusätzliche Förderung zu schaffen, ein Miteinander von Mädchen- und Jungenpolitik auf die Beine zu stellen! Es muss ein

Yvonne Ploetz (Die Linke)

Miteinander und kein Gegeneinander geben! Das kann ich bei Ihnen aber nicht erkennen.

Zwar deuten Sie die Notwendigkeit eines ergänzenden Miteinanders in dem Feststellungsteil Ihres Antrags an. Die in dem Antrag aufgestellten Forderungen beziehen sich aber nur auf männliche Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Den Andeutungen folgen keine Taten.

Gleichzeitig entziehen Sie in der Förderpraxis heimlich, still und leise den Mädchenprojekten im Kinder- und Jugendplan Gelder und weisen sie den Jungenprojekten zu. Die kritische Frauenforschung hat mit Regelmäßigkeit darauf hingewiesen, dass Frauen und ihre Anliegen im politischen Prozess nicht voll repräsentiert werden. Ich bitte Sie, das Klischee der Frau als nicht repräsentiertes Geschlecht, sollte gerade von dem Ministerium, das sich um Gleichstellung bemühen soll, nicht bedient werden.

Sehr geehrte Damen und Herren der Regierungskoalition, muss ich Sie denn tatsächlich daran erinnern, dass eine Frauen- und Mädchenförderung immer noch vordringlich ist, dass sie wirklich weiterhin politisch ganz weit oben auf der Agenda stehen muss? Muss ich Sie an all die tief verankerten Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft erinnern, zum Beispiel im Bildungssystem oder in der Arbeitswelt, dass prestigeträchtige Berufe immer noch vor allem von Männern dominiert werden, dass sogenannten Frauenjobs nach wie vor ein geringer gesellschaftlicher Status zugeschrieben wird, dass Frauen weniger verdienen, nur selten in Aufsichtsräten und auf Chefposten anzutreffen sind, daß Frauen im Durchschnitt trotz gleicher Bildung als unqualifizierter eingestuft werden, weil die Frauendamen des Arbeitsmarktes im gesellschaftlichen Wertesystem einen geringeren Status haben?

Solche Statuszuschreibungen erschweren die Aufstiegschancen vieler Frauen. Diese Rollenmuster können dazu führen, dass Frauen ihre eigenen Fähigkeiten geringer schätzen. Nach wie vor ist es gang und gäbe, dass die sogenannten „Old Boys Networks“ Frauen spätestens in der Mitte ihrer Karriereleiter stoppen.

Ähnliches lässt sich beispielsweise über die Situation von Mädchen in der Ausbildung sagen: Weibliche Auszubildende bekommen eine geringere Ausbildungsvergütung, arbeiten oftmals unter schlechteren Bedingungen, machen regelmäßiger Überstunden, erhalten seltener Überstundenausgleiche. Ihre Wünsche bezüglich des Urlaubszeitpunkts werden wesentlich seltener berücksichtigt.

Die Liste an solchen Beispielen könnte ich endlos verlängern. Sie sind in zahlreichen Studien erforscht worden und auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Sie prägen den Alltag von Mädchen und Frauen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Aber dennoch gibt es in der BRD bis dato keine umfassende politische Strategie zur Überwindung dieser Benachteiligungen, sondern nur Flickwerk.

Ein Punkt in Ihrem Antrag hat mich besonders irritiert. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die angeblich zu hohe Zahl von Frauen in Erziehungs- und Bildungsberufen problematisch finden, da dadurch – ich zitiere – „positive Vorbilder“ für Jungen fehlen würden, sogenannte „moderne männliche Rollenvorbilder“, wie es Ihr Ministerium bezeichnet. Frau Schröder, müssen nach Ihrer Auffassung Vorbilder für Jungs „echte Kerle“ sein, wie man es in gewissen Kreisen ausdrückt?

Gibt es nicht ganz verschiedene männliche Rollenbilder? Und sind sie nicht alle gleich viel Wert? Können Frauen nicht für Jungs eine wertvolle Identifikation ermöglichen? Muss nicht gerade auch Jungen und Männern Geschlechterdemokratie, Gleichbehandlung und die Vielfalt der Lebensweisen vermittelt werden? Sollte es nicht gerade auch darum gehen, die Männlichkeit in traditioneller Form aufzubrechen und alle Lebensformen, gerade auch beispielsweise der Homosexualität, in einem Projekt, das Jungen fördern will, positiv zu berücksichtigen? Ich denke schon! Ihr Vorschlag weist aber all diese Lücken und Blindflecken auf.

Frau Schröder hat ihre altmodische Sicht auf Geschlechterrollen in einen „SPIEGEL“-Interview vom 8. November 2010 dargelegt. Dort giftete sie: „Jungs, die bei alleinerziehenden Müttern aufwachsen, bekommen oft, bis sie zwölf Jahre alt sind, weder in der Kita noch in der Grundschule einen Mann zu Gesicht“. Offensichtlich ein Skandal für sie. Das Zitat von ihr ist nicht weniger als ein unerträglicher Angriff auf all die wundervollen Regenbogenfamilien und die vielen alleinerziehenden Frauen in diesem Land, die sich Tag für Tag hingebungsvoll und gegen all die widrigen Umstände in Beruf und Alltag um ihre Kinder kümmern.

Yvonne Ploetz (Die Linke)

Ich halte es des Weiteren nicht für hilfreich, Jungs zu den sogenannten Sorgenkindern der Bildung zu erklären. Denn es ist eben nicht so, wie uns die schwarz-gelbe Regierung weismachen will, dass Jungs per se schlechter in der Schule sind und deshalb hilfebedürftig sind – ebenso wenig wie angeblich „die“ Mädchen.

Die Verliererinnen und Verlierer des Bildungswesens in der BRD zu identifizieren, erfordert Differenzierungsvermögen. Auf jeden Fall gilt es, ins Auge zu nehmen, was Thema unzähliger Studien der letzten Jahre war, nämlich, dass es vor allem sozial benachteiligte und arme Kinder und Jugendliche sind, die schlechtere Chancen auf Bildung und späteren beruflichen Erfolg haben. Da müssten Sie politisch den Hebel ansetzen!

Diesen Punkt im allerletzten Abschnitt ihres Antrags zu verstecken, dort auszuführen, hier „gegebenfalls nachjustieren“ zu wollen, ist unzureichend und wird dem Problem keinesfalls gerecht, nicht einmal im Ansatz!

In diesem Land, in der reichen BRD, ist mittlerweile jeder fünfte Jugendliche von Armut bedroht. Es besteht also ein großer sozial-, jugend- und familienpolitischer Handlungsbedarf. Dabei sollten wir festhalten: Nur eine fröhliche und unbelastete Jugend ist eine wirkliche Jugend! Allen jungen Menschen müssen durch den Gesetzgeber Steine – welcher Art auch immer – aus dem Weg geräumt werden, damit jeder und jede die Möglichkeit hat, seine bzw. ihre eigene Identität, ihre Stellung in der Gesellschaft, ihre ökonomische Eigenständigkeit zu finden, ohne dabei mit Perspektiv- und Chancenlosigkeit konfrontiert zu werden.

Bitte berücksichtigen Sie unsere Anmerkungen, reden Sie noch einmal Ihrer Ministerin ins konservative Gewissen, und Sie werden sehen, dass auch die linke Seite dieses Hauses einen Antrag aus Ihrer Feder mittragen wird.

Till Seiler (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir Grünen verstehen unter moderner Gleichstellungspolitik eine Politik, die gemeinsam von Männern und Frauen gemacht wird – und sich an beide Geschlechter richtet. Wenn die Bundesregierung nun ihr Augenmerk auf die Förderung von Jungen und Männern richtet, ist das zunächst einmal erfreulich, weil das in der Vergangenheit tatsächlich zu wenig getan wurde.

Wenn sie dies aber zulasten der Mädchen- und Frauenförderung tut, läuft etwas grundfalsch! Beide Bereiche müssen im Haushalt 2012 ausreichend finanziert werden.

Anders als von der Familienministerin behauptet, sind nicht die Frauen schuld, dass sie weniger verdienen als die Männer, weil sie etwa die falschen Fächer studieren oder kein Verhandlungsgeschick besitzen. Von solchen Behauptungen fühlen Frauen sich zu Recht verhöhnt. Denn sie sind es, die noch immer einen Großteil der Familienarbeit schultern – und dafür auf dem Arbeitsmarkt bestraft werden. Der Feminismus ist keinesfalls überholt. Vielmehr müssen endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für beide Geschlechter eröffnen!

Und hier kommen die männlichen Feministen ins Spiel, zu denen auch ich mich zähle. Wirkliche Gleichstellung kann nur dann funktionieren, wenn die Geschlechter an einem Strang ziehen.

Auch Männer möchten mehr Wahlmöglichkeiten und damit mehr Freiraum für Selbstbestimmung haben. Auch sie möchten Kinder, Karriere, Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren. Rund 60 Prozent der Männer mit Kindern unter 18 Jahren wünschen sich eine Arbeitszeitreduzierung. Hier gibt es noch viel zu tun! Und hier folgen wir auch einigen grundsätzlichen Ideen des Antrags der Regierungskoalition.

Es ist richtig, dass schon mit Jungen und Mädchen in Kindertageseinrichtungen und Schulen Rollenzuschreibungen thematisiert und kritisch hinterfragt werden müssen. Es müssen Methoden entwickelt werden, mit denen auch Jungen, die in der Tat häufig zu den sogenannten Bildungsverlierern gehören, angemessen gefördert werden können.

Wenn die Familienministerin dann aber öffentlich vorschlägt, es sollten mehr Diktate mit Fußballgeschichten geschrieben werden, anstatt sich immer nur mit Schmetterlingen und Ponys zu beschäfti-

Till Seiler (Bündnis 90/Die Grünen)

gen, dann ist das ein Rückschritt in vorfeministische Zeiten und eine Zementierung von Rollenzuschreibungen. Was wir brauchen, ist eine individuelle, geschlechtersensible Förderung jedes Einzelnen. Und gerade keine Förderung „des Jungen“ oder „des Mädchens“ an sich.

Um Kindern und Jugendlichen eine optimale Auseinandersetzung mit Rollenmodellen zu ermöglichen, müssen in Kindertageseinrichtungen und Schulen männliche und weibliche Pädagogen gleichermaßen vertreten sein. Hier können wir Ihrem Antrag folgen. Ohne die Verankerung von Genderaspekten in der Lehrer- und Erzieherausbildung bringt das aber wenig. Lehrer und Erzieher müssen darauf vorbereitet werden, Kinder und Jugendliche geschlechtersensibel zu fördern.

Nicht folgen können wir Ihnen, wenn Sie vorschlagen, zu prüfen, wie erzieherische und pflegerische Berufe attraktiver ausgestaltet und Rahmenbedingungen verbessert werden können. Wieso denn ein Prüfauftrag? Die Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, liegen doch seit Jahren auf der Hand. Packen Sie es an:

Engagieren Sie sich für eine gute Bezahlung der erzieherischen und pflegerischen Berufe, damit sie für Männer wie für Frauen attraktiver werden! Sorgen Sie darüber hinaus aber auch für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung! Setzen Sie Anreize für eine paritätische Aufteilung der Elternzeit! Machen Sie sich für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen stark! Eine moderne Gleichstellungspolitik muss Jungen und Mädchen, muss Frauen und Männer fördern!

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7088, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/5494 anzunehmen.

Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Linken bei Enthaltung der Grünen.